

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

17.8.1927 (No. 189)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verteuert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Reduzierte Wohnungsbauprogramme

Im Frühjahr haben die meisten deutschen Kommunalverwaltungen recht umfangreiche Wohnungsbauprogramme aufgestellt. Sie rechneten nicht nur mit sehr hohen Einnahmen aus dem Hauszinssteuerertrag, sondern auch mit der Stabilität des Geldmarktes, die man damals noch für eine dauerhafte Erscheinung hielt. Inzwischen hat aber nicht nur der Eingang der Hauszinssteuerhypotheken — hauptsächlich wegen der Langsamkeit der Überweisung — Enttäuschungen gebracht, sondern außerdem hat bekanntlich die Geldmarktlage wieder eine vollkommene Veränderung erfahren. Heute sind Wohnungsbauprogramme aus privaten Quellen kaum mehr zu bekommen oder doch nur zu so ungünstigen Bedingungen, daß ihre Verwendung für Wohnungsbauzwecke sich zu teuer stellt. Die Finanzierungsmöglichkeiten des Wohnungsbaues bleiben hinter den gehegten Erwartungen weit zurück, und so sind viele Kommunalverwaltungen gezwungen, ihre Wohnungsbauprogramme wesentlich einzuschränken.

Ob sie den übrig gebliebenen Rest des Programms werden durchführen können, wird zu einem großen Teile davon abhängen, ob es noch gelingt, Auslandskapital für den Wohnungsbau nutzbar zu machen. Bekanntlich steht die Reichsbank auf dem Standpunkt, daß Wohnungsbauten nicht als produktiv anzusehen sind, und daß deshalb für sie Auslandskapital nicht verwendet werden darf. Im Gegenzug hierzu will man Unternehmen, die Arbeiterwohnungen für ihre eigenen Belegschaften bauen wollen, die Aufnahme von Auslandsanleihen zu diesem Zweck gestatten. Es ist schwer einzusehen, inwiefern der allgem. Wohnungsbau weniger produktiv ist als der Bau von Arbeiterwohnungen, da doch jener gleichfalls zum großen Teil arbeitenden Kreisen im weitesten Sinne, also der volkswirtschaftlichen Produktion, zugute kommt. Aber selbst wenn es noch gelingen sollte, den Widerstand der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums gegen die Verwendung von Auslandskrediten für den Wohnungsbau zu überwinden, so wird hierbei viel Zeit verloren gehen, und wenn wirklich die Verhandlungen im Auslande über die Aufnahme von Wohnungsbauanleihen in diesem Jahre noch zu einem Erfolge führen, so wird es zu spät sein, um die entsprechenden Wohnungsbauteile noch in diesem Jahre durchzuführen. Man wird also zufrieden sein müssen, wenn man in der Bauzeit 1927 das reduzierte Bauprogramm noch einigermaßen durchführen können. Die Bauzeitigkeit hat zur Zeit ihren Höhepunkt bereits erreicht, und in wenigen Monaten wird man mit Neubauten nicht mehr beginnen können.

Zwei Momente sind es gegenwärtig vor allem, die die Wohnungsbauteiligkeit hemmen und erschweren. Das eine ist die Hypothekennote. Soweit Hypothekengelder in den letzten Monaten angeboten werden, werden vielfach Bedingungen gestellt, die für die Darlehensnehmer kaum annehmbar sind. So bieten z. B. die Hypothekendarlehenbanken infolge des mangelnden Pfandbriefabsatzes den Bauherren oft Pfandbriefe an, die aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur sehr schwer oder mit sehr großen Verlusten zu Geld zu machen sind. Noch schärfer ist es zu beurteilen, wenn den Bauunternehmern gleichzeitig angeboten werde, die Pfandbriefe zu beleihen oder beleihen zu lassen, denn in diesem Falle müssen die Hypothekenschuldner doppelte Zinsen zahlen, einmal an die Hypothekendarlehensbank und einmal an den Gläubiger des geliehenen Geldes, der in manchen Fällen wiederum die Hypothekendarlehensbank selbst ist. Ebenso entschieden zu verwerfen ist es endlich, wenn Lebensversicherungsgesellschaften die Übergabe von Hypotheken an die Bedingung knüpfen, daß vom dem Schuldner gleichzeitig eine Lebensversicherung eingegangen wird. Hierdurch verschafft sich die Versicherungsgesellschaft nicht nur eine doppelte Sicherheit, sondern auch doppelte Verdienste, während der Hypothekenschuldner, der um die Hypothek zu erhalten, eine Lebensversicherung eingehen muß, die er gar nicht braucht, doppelt belastet wird.

Die Tatsache, daß derartige Mittel bei der Vergabung von Baudarlehen häufig angewendet u. derartige Bedingungen nicht selten gestellt wurden, beweist, wie ungesund und ungünstig die Entwicklung auf dem Hypothekemarkte sich gestaltet. Zu alledem kommt noch die Verteuerung der Baumaterialien, die allerdings ihren Höhepunkt überschritten hat, weil fast überall das Bauprogramm reduziert worden ist und zahlreiche Bestellungen auf Lieferung von Baumaterial rückgängig gemacht worden sind. Neubestellungen aber nicht mehr in großer Zahl eingehen. Leider liegen die Dinge so, daß, solange gebaut werden kann, die Preise der Baustoffe auch hochbleiben, und daß sie erst dann niedriger werden, wenn die Bauzeit zu Ende ist oder aus anderen Gründen

nicht mehr gebaut werden kann. Wenn man am Ende des laufenden Jahres die Bilanz ziehen wird, so wird sich auch diesmal wieder zeigen, daß man durch zu umfangreiche Bauprogramme am Beginn der Bauzeit nur eine Verteuerung des Bauens erreicht hat, und daß es entschieden besser gewesen wäre, nicht so weitreichende Baupläne zu entwerfen, dafür aber alle geplanten Bauten auch durchzuführen. R. R.

Einnahmen und Ausgaben in der Angestelltenversicherung

Die Aufwendungen für Renten in der Angestelltenversicherung nehmen von Jahr zu Jahr zu, da eine immer größere Anzahl versicherter Angestellter in den Genuss von Ruhegeldern gelangt, und da auch die Zahl der Empfänger von Hinterbliebenenrenten von Jahr zu Jahr anwächst. Im Jahre 1924 waren, in runden Ziffern, 25 000 Ruhegeldempfänger in der Angestelltenversicherung vorhanden, im Jahre 1925 27 000 und im Jahre 1926 30 000. Die für die Zahlung der Renten erforderlichen Selbstbeiträge beliefen sich im Jahre 1924 auf rund 8 Millionen RM, im Jahre 1925 auf 26 Millionen RM und im Jahre 1926 auf 39 Millionen RM. Auch die Anzahl der Witwenrenten ist von 21 000 im Jahre 1924 auf 33 000 im Jahre 1926 sowie die der Waisenrenten von 19 000 auf 24 000 in der gleichen Zeit gestiegen.

Die Zunahme der Aufwendungen für Rentenzahlungen befindet sich jedoch erst im Anfang. Es ist selbstverständlich, daß diese Aufwendungen im Laufe des Jahres weiter anwachsen werden, und daß darum umfangreiche Rücklagen notwendig sind, damit die Angestelltenversicherung den künftigen geschätzten Ansprüchen der Versicherten auch gewachsen ist. So erklärt es sich ohne weiteres, daß gegenwärtig die Einnahmen der Angestelltenversicherung ihre Ausgaben um das Vielfache übersteigen. Es betragen im Jahre 1926 die Gesamteinnahmen rund 80 Millionen RM, die Gesamtausgaben aber rund 287 Millionen RM. Fast wäre es, wenn man hierin etwa eine Theatervorstellung der Leistung der Angestelltenversicherung erblicken wollte. Bis jede Lebensversicherung, so muß auch die Angestelltenversicherung bedeutende Reserven anhäufen, um in Zukunft den eingegangenen Rentenverpflichtungen gegenüber der außerordentlich großen Zahl von Versicherten nachkommen zu können.

Das Vermögen der Angestelltenversicherung hat demgemäß auf Grund der laufenden Ausgaben weit überschreiten den Beitragseinnahmen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Es betrug im Jahre 1924 erst 178 Millionen RM, im Jahre 1925 aber 330 und im Jahre 1926 534 Millionen RM. Berücksichtigt man aber, daß in der Angestelltenversicherung zurzeit etwa 2,8 Millionen Versicherte vorhanden sind, und daß dementsprechend nach den versicherungsmathematischen Berechnungen einmal eine Höchstzahl von 100 000 Ruhegeldempfängern vorhanden sein wird, während heute erst 30 000 Ruhegeldempfänger gezählt werden, so folgt daraus, daß das vorhandene Vermögen keineswegs etwa reichlich hoch ist. Eine Veranschlagung der Zahl der Ruhegeldempfänger würde schon ohne eine entsprechende Erhöhung der Rentenbeiträge eine jährliche Aufwendung erfordern, die weit über die heutigen Gesamteinnahmen hinausgeht. Dazu kommt, daß sich auch die Witwen- und Waisenrenten noch sehr beträchtlich vermehren werden. Es wird also in zehn oder zwölf Jahren spätestens eine Zeit kommen, in der nicht nur die Beitragseinnahmen durch die Renten vollkommen aufgeschwemmt, sondern auch aus den Zinsen des inzwischen angesammelten Vermögens sehr erhebliche Zuschüsse notwendig sein werden.

Ansammlung eines Vermögens ist also für die Angestelltenversicherung, deren Zweck ja die zukünftige Versorgung der Versicherten ist, unumgänglich. Eine Erhöhung der Leistungen, namentlich aber eine Verabfolgung der Altersgrenze für die Ruhegeldzahlung auf das sechzigste Lebensjahr, die von vielen Seiten gefordert worden ist, würde demgemäß nicht möglich sein, ohne daß gleichzeitig die Beiträge wesentlich erhöht werden, da man ja die künftigen Rentenansprüche der heutigen Versicherten unter keinen Umständen geschehen darf.

Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsabkommens

W.F.B. Paris, 17. Aug. (Tel.). Wasas gibt um 10 Uhr bekannt, daß das deutsch-französische Handelsabkommen heute vormittag vom Handelsminister Volanowski und Ministerialdirektor Risse unterzeichnet worden ist. Die Unterzeichnung durch den Minister des Auswärtigen, Briand, und Vizekonsul v. Höpf, würde sicher im Laufe des Tages folgen.

Für die Befreiung des Rheinlandes. Zu einer machtvollen Kundgebung für die Befreiung des Rheinlandes ruft am Sonntag vormittag halb 11 Uhr die „Rheinische Weisheitsrunde“ in die 5000 Teilnehmer fassende neue Stadthalle zu Magdeburg. Neben Vertretern der Reichsregierung wird Oberbürgermeister Dr. Weiß (Ludwigshafen) den Empfangenden der besetzten Gebiete Ausdruck geben. In großer Zahl werden namhafte Vertreter des Rheinlandes, der Berliner Zentralbehörde und der Presse aus ganz Deutschland erwartet. Die Weisheitsrunde und ein auf die Guldigung der Rheinlande an „Germania“ abgestimmtes Weisheitspiel werden die Kundgebung künstlerisch umrahmen. — Die Stadt Magdeburg wird in diesen Tagen durch eine ganze Reihe rheinischer Veranstaltungen ein stimmungsvolles rheinisches Gepräge tragen.

Politische Neuigkeiten

Ein vierter Vortrag Dr. Reinholds in Amerika

In seinem vierten Vortrag im Institut für Politik zu Williamsstown, schilderte der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft seit der Stabilisierung, insbesondere die Deflationstriebe im Jahre 1924 und die Wirtschaftskrise im Winter 1925/26. Dr. Reinhold gab Ziffern über die Kapitalverluste Deutschlands unmittelbar nach dem Krieg und betonte die Notwendigkeit einer Auslandsanleihe für produktive Zwecke. Er erklärte, ein Abbau der Zollmauern seitens des Auslandes sei die Grundlage für die gesamte Entwicklung der deutschen Wirtschaft in Zukunft. Der nächste Vortrag Dr. Reinholds über den Dawesplan wird mit großer Spannung erwartet.

Reichsfinanzministerium und Beamtenbesoldung

Unmittelbar nach der Vertagung des Reichstages hatten die demokratischen Reichstagsabgeordneten Rönneberg und Brodauf unter Hinweis auf die Aktion der sächsischen Regierung in bezug auf die Beamtenbesoldung den Reichsfinanzminister ersucht, auch für die Reichsbeamten noch vor dem 1. Oktober mindestens eine ähnliche Maßnahme wie in Sachsen zur Durchführung zu bringen. Darauf ist jetzt eine Antwort Dr. Röhlers eingegangen, in der es den Wählern zufolge u. a. heißt:

„Namens der Reichsregierung habe ich mich bereit erklärt, die Unterstützungsmittel der Behörden der allgemeinen Reichsverwaltung um rund 3 Millionen Reichsmark zur Linderung der Not derjenigen Reichsbeamten, die sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage befinden, zu verstärken. Diese Maßnahmen erscheinen mir zweckmäßiger als das Vorgehen Sachsens. Zu meinem Bedauern muß ich davon absehen, der Reichsregierung sowie den gefolggebenden Körperschaften eine ähnliche Regelung vorzuschlagen, wie sie das Land Sachsen neuerdings getroffen hat.“

Reichswehr und Besoldungsreform

Bei der kommenden Besoldungsreform sollen, wie der „Sozialdemokratische Presseklub“ mitteilt, die Reichswehrangehörigen aus dem allgemeinen Besoldungsschema herausgenommen werden.

Es sollen wieder Stellegenhalter geschaffen werden, wobei der Dienstgrad das Gehalt bestimmen soll. Die Mannschaften sollen eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge erhalten; die Bezahlung der Verpflegung soll bleiben, dagegen soll an die Stelle der bisher bezahlten Unterkunft die freie Unterkunft treten. Für den Leutnants- und Oberleutnantsrang sollen vier, für den Hauptmannsrank drei Gehaltsstufen vorgesehen werden, wobei jede Stufe eine Zeitspanne von drei Jahren umfassen soll. Vom Major an sollen Einzelgehälter gezahlt werden. Für alle Reichswehrangehörigen und ihre Familien bis zum Obersten soll eine freie Selbstfürsorge eingeführt werden. Der Kostenaufwand für diese Besoldungsreform soll bei der Reichswehr rund 25 Millionen RM jährlich betragen.

Der dritte europäische Nationalitätentongress

Am dem Kongress der nationalen Minderheiten, der vom 22. bis 24. August dieses Jahres in Genf stattfindet, werden über 35 verschiedene Minderheitsgruppen aus allen Teilen Europas beteiligt sein, die zusammen eine Bevölkerung von mehr als 40 Millionen Menschen umfassen. Mit den Ukrainern, den Weißrussen und den Litauern in Polen, die bisher eine Erweiterung des Kongressprogrammes forderten, schweben noch die Verhandlungen. Auch die Rumänen Südbanwiens und die Serben Rumaniens wollen am Kongress teilnehmen. Die Tagung wird vom Präsidenten der beiden bisherigen Nationalitätentongresse, dem slowenischen Abgeordneten im italienischen Parlament, Dr. J. Wilfan, eröffnet werden und sich dann mit der Frage befassen, wie weit die nationale Unzufriedenheit die Beziehungen zwischen den Völkern selbst vergiftet und so zu einer der wesentlichsten Konfliktsursachen in Europa wird — eine Klärung, die sicherlich im gesamteuropäischen Interesse liegt.

Der vom Sekretariat des Nationalitätentongresses herausgegebene Bericht über den vorjährigen Kongress gibt auf 100 Druckseiten eine Übersicht über die Nationalitätenbewegung sowie die verschiedenen die Nationalitäten interessierenden Probleme.

Das Reichsfinanzministerium und die Forderungen der Geschädigten. Zu der am Montag im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Besprechung über den Entwurf des Kriegsschadensschußgesetzes wird, wie die Wälder berichten, von Seiten des Reichsfinanzministeriums erklärt, daß eine Änderung des Gesetzes nicht möglich sei. Dies ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß der Entwurf bereits dem Reichswirtschaftsrat zugegangen ist und nun dem Reichsrat zugeht. Die Regierung ist also nicht in der Lage, den Entwurf zu ändern, jedoch soll den Verbänden in einigen unwesentlichen Punkten noch entgegengekommen werden.

Zusammenstöße in Bad Gatzburg. In Bad Gatzburg ist es am Montag zu schweren Ausschreitungen gekommen. 22 Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei haben, wie die „Wörsche Zeitung“ berichtet, jüdische Einwohner und Kurgäste des Bades belästigt und überfallen. Eine große Anzahl von Personen erlitt bei den Zusammenstößen erhebliche Verletzungen. Die Gatzburger Polizeibehörde und die Gendarmenposten der Umgebung griffen ein und konnten fünf Personen, unter ihnen den Bauleiter, Eichhorn, festnehmen.

Das Misstrauensvotum gegen die irische Regierung

In der irischen Nationalversammlung brachte am Dienstag der Führer der irischen Arbeiterpartei, Johnson, das angelegentlichste Misstrauensvotum gegen die Regierung ein, indem er die Annahme einer Entschließung beantragte, der zufolge die Regierung nicht mehr das Vertrauen der Nationalversammlung genieße. Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit von 71 zu 71 Stimmen. Die Stimme des Speakers für die Regierung gab den Ausschlag, so daß fürs erste eine Niederlage des Kabinetts vermieden wurde. Die außerordentliche eindrucksvolle Rede des Ministerpräsidenten Cosgrave, der erklärte, er werde jede Regierung unterstützen, die für den irischen Vertrag mit England und für die Konstitution eintrete, mag zu dem unerwarteten Ergebnis stark beigetragen haben. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob angesichts dieses knappen Abstimmungsergebnisses das Kabinett Cosgrave nicht trotzdem zurücktreten wird.

Freitag Entscheidung über Sacco-Banzetti

Nach einer Agenturmeldung aus Boston hat sich der Oberste Gerichtshof seinen Beschluß in der Sacco-Banzetti-Angelegenheit bis Freitag vorbehalten.

Die New Yorker Polizei berichtet, daß eine Anzahl führender Persönlichkeiten und Vereinigungen anonyme Androhungen neuer Bombenanschläge erhalten haben für den Fall, daß Sacco und Banzetti hingerichtet würden. In einem Drohbrief wurde damit gedroht, daß ein öffentliches Gebäude oder die Bahnhofsanlage in die Luft gesprengt werden würden.

Vor dem Tode von Louis Mac Farby in East Milton (Massachusetts, einem Mitglied der Geschworenenbank, die Sacco und Banzetti bei dem Prozeß in Dedham schuldig befunden hatte, explodierte eine Bombe. Die Fenster scheibten und ein Teil des Mobiliars wurden zertrümmert. Farby war zufällig abwesend, dagegen befand sich seine Familie im Hause. Obwohl die Feuerwehr die Betroffenen nur mit großer Mühe aus den Trümmern des zerstörten Hauses bergen konnte, ist keiner ernstlich verletzt worden.

W.B. Peoria (Illinois), 17. Aug. (Tel.) Eine schwere Explosion, deren Ursache zur Zeit noch nicht festgestellt ist, hat kurz nach Mitternacht den an dem West-Buffis gelegene Stadtteil erschüttert. Die Einwohner der Häuser wurden zu Boden geschleudert und sämtliche Fenster zertrümmert. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Kurze Nachrichten

Kabinettsitzung vor Genf. Das deutsche Reichskabinett wird, bevor der Reichsaussenminister nach Genf abreist, nochmals zu einer Sitzung zusammentreten. In dieser Sitzung, die am 25. und 26. August stattfinden soll, wird sich das Kabinett im einzelnen mit dem gesamten Genfer Fragekomplex befassen und Dr. Stresemann voraussichtlich wiederum freie Hand für Genf lassen.

Die Arbeitszeit in den Reichsverwaltungen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten teilt mit: „Schon seit Monaten stehen die am Reichsangehörigenvertrag (RAV) beteiligten Organisationen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über die Abgeltung der Überzeitarbeit der Angestellten in den Reichsverwaltungen. Das Angebot der Regierung trägt den gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise Rechnung. Infolgedessen sind die Verhandlungen am Samstag, 18. August, gescheitert. Die Tariforganisationen haben deshalb am 15. August beim Reichsarbeitsminister beschleunigte Durchführung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.“

Annahme eines kommunistischen Misstrauensvotums in Schweden. Eine Abstimmung des Landtags von Västernorrland-Kommunisten für ein Misstrauensvotum gegen den demokratischen Justizminister Dr. Müller ergab die Annahme des Misstrauensvotums mit 26 Stimmen der Rechten und der Kommunisten gegen 24 Stimmen der Sozialdemokraten und die der Gruppe für Volkswohlfahrt mit Einschluss der Demokraten. Von den drei Kommunisten fehlte einer.

Kleins nur zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der ehemalige Fremdenlegionär und spätere Mitarbeiter Abdel-Krims, Otto Kleins, der vor einiger Zeit vom französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, hatte wegen einer in diesem Prozeß vorgekommenen Namensverwechslung Berufung eingelegt. Das Kriegsgericht in Laas hat ihn nunmehr unter Aufhebung des Todesurteils zu sieben Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Das neue griechische Kabinett. Der bisherige Ministerpräsident Jaimis bildete sein Kabinett, dem eine Anzahl der Minister des vorigen Kabinetts angehören und in dem er selbst vorläufig das Portefeuille des Innern übernimmt. Michalopoulos behält das Außenministerium. Das Parlament tritt am Montag zusammen.

Die Zusammensetzung der spanischen Nationalversammlung. Nach Blättermeldungen aus Saragossa erklärte der Rektor der dortigen Universität, der Primo de Rivera auf seiner letzten Reise begleitet hatte, die Nationalversammlung werde insgesamt 400 Mitglieder zählen. 49 Sitze sollen den Provinzgouverneuren, den Führern der Union Patriótica, sowie Vertretern der provinziellen und gemeindlichen Körperschaften vorbehalten werden.

Reise einer japanischen Studentenkommision nach Ostafrika. Wie aus Tokio gemeldet wird, wird sich in der nächsten Woche eine halbamtliche japanische Mission nach Ostafrika begeben, um die dortigen Wirtschaftsverhältnisse zu studieren und einen Markt für die japanischen Produkte zu schaffen.

Vor einer Verstärkung der italienischen Luftflotte. Auf Veranlassung des italienischen Aroklubs solle jede Provinz mit je einem Flugzeug zur Luftflotte beisteuern. Die notwendigen Geldbeträge sollen durch öffentliche Zeichnungen in jeder Provinz aufgebracht werden.

Anschlag gegen ein Sowjetkonsulat. Wie die Pariser Blätter melden, hat ein in Boulogne wohnender russischer Staatsangehöriger mit Flaschen nach den Fenstern des dortigen Sowjetkonsulats geworfen und die Scheiben zertrümmert. Der Täter erklärte der Polizei, er habe dadurch gegen die Verweigerung eines Passes für seine, zurzeit in Russland sich aufhaltende Frau protestieren wollen.

Vormarsch der Nordtruppen in China. Aus Schanghai wird gemeldet, daß die Südruppen eiligst das Nordufer des Yangtse räumen. Die Truppen Suntschuanfangs, des Kommandeurs der Nordtruppen, rücken mit großer Schnelligkeit vor. Tausende von Flüchtlingen sind aus Kanting und Schintiang nach Schanghai abgereist. Fast alle führenden Mitglieder der Kantinger Regierung sind in Schanghai eingetroffen. In Kanting herrscht Panik. Suntschuanfang, der Führer der Nordtruppen, hat an das Kabinett in Peking telegraphiert, er hoffe in Kürze in Kanting und Schanghai zu sein.

Der Indianeraufstand in Bolivien. Durch die schnellen Maßnahmen der Regierungstruppen soll ein allgemeiner Aufstand der bolivianischen Indianer verhindert worden sein.

Badischer Teil

Die Gefahren des elektrischen Stromes

Im Jahre 1926 haben sich nach dem Jahresbericht des Bad. Gewerkschaftsausschusses in Baden in gewerblichen Betrieben 82 Unfälle durch elektrischen Strom ereignet, deren 16 tödliche und zwar 6 an Hochspannungs- und 12 an Niederspannungsanlagen. Die letzteren waren in der Hauptsache an schlecht isolierten Lichtleitungen, Fassungen, Handlampen und an Hausanschlüssen entstanden. Nimmt man an, daß die Zahl der tödlichen Unfälle an Niederspannungsanlagen in landwirtschaftlichen Betrieben ebenso hoch war — was bei der ausgedehnten Verwendung der Elektrizität in der badischen Landwirtschaft zutreffend erscheint —, so ergibt sich die Notwendigkeit, die weitesten Kreise auf die große Gefahr bei der Berührung blander oder schlecht isolierter Teile von Niederspannungsanlagen aufmerksam zu machen. Leider besteht nämlich immer noch der verhängnisvolle Irrtum, daß die Niederspannung immer und überall ungefährlich sei und doch beweisen die zahlreichen Unfälle das Gegenteil, ja es scheint sogar so, daß bei ungünstigen Umständen die Berührung von Niederspannungsleitungen meistens den Tod herbeiführt, während die Einwirkung von Hochspannungen auf den menschlichen Körper häufig nur schwere Verbrennungen bei vorübergehender Bewußtlosigkeit hinterläßt. Jedenfalls ist die zahlenmäßige Größe der Spannung nicht ausschlaggebend für den Erfolg der Einwirkung. Dieser hängt vielmehr von der Artlichkeit und der Persönlichkeit ab. Die Artlichkeit wird dann gefährlich, wenn dem Strom durch irgendeinen Leiter der Weg durch den menschlichen Körper zur Erde frei gemacht wird, das ist z. B. dann der Fall, wenn der Mensch bei der Berührung der Niederspannung auf feuchtem Boden steht oder einen Metallteil (Eisenplatte, Zentralheizung, Wasser- oder Gasleitung und dergleichen) berührt. So sind die meisten der erwähnten Unfälle in Ställen, Kellern und Metzgereien entstanden. Deshalb kann nahezu jede gebräuchliche Spannung unter ungünstigen Umständen lebensgefährlich werden. Daraus ergibt sich die Forderung:

1. Es sollen nur Fachleute an elektrischen Leitungen arbeiten. Keine Pfuscharbeit!
2. Das bestmögliche Material (insbesondere in feuchten Räumen (Kellern, Ställen, Küchen usw.) zu verwenden.
3. Die Isolierungen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und blanke oder schlecht isolierte Teile, auch Schalter, Fassungen und dergleichen, unverzüglich neu zu isolieren, abzudecken oder auszuwechseln.
4. Jede Berührung blander oder schlecht isolierter Teile zu vermeiden.

Tritt trotzdem ein Unfall ein, so kommen als erste Hilfeleistung sofort angestellte, ununterbrochen und genügend lang durchgeführte Wiederbelebungsvorhaben in Frage. In diesem Zusammenhang sei auszugeweiht ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes erwähnt, der folgendermaßen lautet:

„Die Erfahrungen haben gezeigt, daß bei Unfällen durch elektrischen Strom ein Erfolg der Wiederbelebungsvorhaben nur dann zu erwarten ist, wenn mit diesen Versuchen sofort am Unfallort ohne Verzögerung begonnen wird. Der Verunglückte soll nur aus dem Gefahrenbereich gezogen werden. Auch soll nicht durch Heranziehen weiterer Hilfe oder Herbeischaffen von Deden, Unterlagen und dergleichen Zeit veräußert werden, vielmehr ist mit den Wiederbelebungsvorhaben sofort zu beginnen. Ferner dürfen die Wiederbelebungsvorhaben nicht zu früh eingestellt werden. Sie sind mindestens zwei Stunden durchzuführen, wenn ein Erfolg nicht bereits früher eintritt.“

Falsche Reichsbanknoten über 20 Reichsmark

Von den im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 20 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist eine Fälschung festgestellt worden, die als solche an nachstehenden Merkmalen zu erkennen ist: Pflanzenstängel, Wasserzeichen und die Prägung des Kontraststempels in der gemusterten Blindprägung fehlen. Das Druckbild der Vorderseite ist dem einer echten, stark verbrauchten Note ähnlich. Die Rückseite zeigt ein auffallend helles und unvollständiges Gesamtbild in nur einfarbiger, schwarzbrauner Tönung. Vor Annahme dieser Fälschung wird gewarnt.

Die Reichsbank hat eine Belohnung bis zu M 3000.— ausgesetzt, die an diejenigen Personen verteilt werden soll, die zur Ermittlung und Festnahme der Fälscher beitragen.

Verbilligte Telephoneinrichtungen für Krankheitsfälle

Beim Vorliegen außergewöhnlicher Umstände, z. B. in Krankheitsfällen, besteht bei den Fernsprecheinnehmern oft der Wunsch, im Krankenzimmer vorübergehend eine Telephoneinrichtung zur Verfügung zu haben oder sonstige Änderungen in der Fernsprechanlage für die Dauer des außergewöhnlichen Anlasses vornehmen zu lassen. Nach der neuen Fernsprechanordnung brauchen die Teilnehmer in solchen Fällen künftig keinen Apparatbeitrag mehr zu bezahlen. Hierunter versteht man einen festen einmaligen Beitrag, bei dessen Bemessung die Post ihre Apparatbeschaffungskosten zugrunde legt und der z. B. für einen Hauptanschluß 80 M und für eine Nebenstelle 80 M beträgt. Apparatbeiträge sind nur dann zu bezahlen, wenn die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen ein Vierteljahr übersteigt. Sonst sind für die vorübergehend eingerichteten Apparate der Post nur die Selbstkosten für die Einrichtung und Aufhebung zu erstaten. Die laufenden Gebühren und die Mindestzahl der Ortsgespräche werden anteilmäßig berechnet.

Klassisches Kammermusikfest

Die Stadt Musikdirektion Baden-Baden veranstaltet vom 6.—8. September drei Kammermusikfeste, die Beethoven, Schubert-Schumann und Brahms gewidmet sind. Ausführend sind Prof. Karl Flesch (Viol.), Prof. Karl Friedberg (Klav.) und Felix Salmond (Viola). Am 6. September findet unter Leitung von Generalmusikdirektor Ernst Neblisch ein Orchesterkonzert statt mit Beethoven, Ouvertüre Leonore III.; Wist, Klavierkonzert Es-Dur (Friedberg); Brahms, Doppelsonate (Flesch, Salmond); Strauss, Don Quixote (Salmond).

Gefechtsübungen des 14. badischen Inf.-Regts.

Vom 6. bis 18. September finden unter Leitung des Regiments-Kommandeurs, Oberst Wenter von Danfenschweil im Raume Thalheim-Gammertingen-Fronstetten-Gomadingen Gefechtsübungen des verstärkten 14. (bad.) Infanterieregiments statt. An der Übung sind außer dem 14. Inf.-Regiment beteiligt: die halbe Eskadron Reiter Regiment 16, Standort Hofgeismar, 1. Abt. Art.-Regt. 5, Standort Ludwigsburg, 2. und halbe 4. Eskadron Fahrabteilung 5, Standort Ludwigsburg und Elm. Die Gefechtsübungen finden am 9., 10. und 12. September statt, am 18. September marschiert das Regiment aus seinem Übungsraum nach dem Truppenübungsplatz Münsingen, wo sich weitere Übungen im Divisionsverband anschließen.

Vom Neckarkanal

Die Arbeiten an der Feibelberger-Neckar-Staustufe sind in vollem Gange. In dem Baugelände zwischen Alter Brücke und Karlsruher arbeiten nach dem „Feibelb. Tagbl.“ gegenwärtig 450 Arbeiter in zwei Schichten. Das Bezirksamt erläßt eine Warnung vor dem Betreten der Gefährzonen bei Sprengungen.

Gemeinde-Rundschau

Die Reichswohnungszählung in Karlsruhe

Am 16. Mai d. J. hat bekanntlich im Deutschen Reich eine Wohnungszählung stattgefunden. Diese Zählung erfolgte in zweierlei Richtung. Einmal wurde die Belegung der vorhandenen Wohnungen ermittelt, zum anderen die Zahl der Wohnungsuchenden festgestellt. Das Ergebnis der ersten Zählung ist in erster Linie sachlicher Natur, es liefert einen objektiven Überblick über die Wohnungszustände, während die zweite Zählung hauptsächlich ein Bild über die Wünsche der noch nicht im Besitze von selbständigen Wohnungen befindlichen Familien gibt.

Das vorläufige Ergebnis der Ermittlung der Wohnungszustände wurde bereits kurz nach der Zählung bekanntgegeben. Es liegen nunmehr, nach Prüfung der Zählpapiere, genauere Daten vor. Danach waren am 16. Mai d. J. in Karlsruhe insgesamt 37 799 Wohnungen (ohne Anstalten, Pensionate und dgl.) vorhanden, von denen 37 615 bewohnt und 184 leer waren. Von den Leerwohnungen war in dessen der überwiegende Teil entweder schon vermietet oder wegen besonderer Gründe (z. B. Bauunfähigkeit, Wertminderung und ähnlichem mehr) nicht ohne weiteres verfügbar; eigentliche leerstehende Wohnungen gab es nur 27, darunter 11 in Neubauten. Die Zahl der Haushaltungen belief sich auf 39 784, unter denen sich 2119 sogenannte zweite und dritte Haushaltungen (d. h. solche, die mit einer anderen Haushaltung die gleiche Wohnung teilen mußten) befanden. Sodann wurden 40 617 Familien festgestellt; von diesen führten 789 als sogenannte zweite und dritte Familien gemeinsamen Haushalt mit anderen Familien.

Das Gesamtergebnis der „objektiven Zählung“ geht also dahin, daß sich in 37 615 bewohnten Wohnungen 89 784 Haushaltungen mit 40 617 Familien aufzählten, also 2119 Haushaltungen bzw. 2902 Familien keine selbständige Wohnung besaßen. In Verhältniszahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß auf je 100 bewohnte Wohnungen 105,88 Haushaltungen (in den Vororten 104,57) bzw. 107,72 Familien (in den Vororten 107,96) fielen. Da heute, — so wenig wie in der Vorkriegszeit — nicht immer jede Familie eine selbständige Wohnung bewohnen will, kann jedoch der Restbetrag an Wohnungen auf Grund der objektiven Zählung nicht etwa zum Unterschied zwischen der Zahl der Familien und der Zahl der Wohnungen, d. h. zu rund 2900, angenommen werden, sondern eher zum Unterschied zwischen der Zahl der Haushaltungen u. der der Wohnungen, d. h. zu 2119, wenn man die Leerwohnungen außer Betracht läßt, oder zu 1935, wenn man sämtliche vorhandenen Wohnungen in Betracht zieht. In jedem Falle weist die Feststellung der Wohnungszustände auf einen reinen Abmangel von rund 2000 Wohnungen hin.

Was nun die subjektive Zählung anbetrifft, so haben sich beim Wohnungsamt 2998 Familien als Wohnungsuchende angemeldet; hiervon hatten aber 639 bereits selbständige Wohnungen, wenn auch vielfach bescheidener oder unzulänglicher Art, so daß ohne Eigenwohnung nur 2359 gemeldete Familien waren. Nach den Neuanmeldungen beim Wohnungsamt gibt es also in Karlsruhe rund 2300 Familien, die in den Besitz einer selbständigen Wohnung zu kommen wünschen. Diese Zahl deutet sich einigermaßen mit der objektiven Zählung des Statistischen Amtes. Sie ist zwar um rund 600 niedriger als der Unterschied zwischen der Zahl der Familien und der der bewohnten Wohnungen, aber andererseits um nahezu 200 höher als der Unterschied zwischen der Zahl der Haushaltungen und der der belegten Wohnungen. Jedenfalls ergibt man auch hieraus — wie schon oben angedeutet — daß nicht jede Familie eine selbständige Wohnung will.

In welcher Richtung bewegen sich nun die Wünsche der gemeldeten Wohnungsuchenden? Es wünscht hier über die Hälfte nur Zweizimmerwohnungen und weit über die Hälfte nur Dreizimmerwohnungen, so daß also neun Zehntel der beim Wohnungsamt festgestellten Wohnungsuchenden ausgesprochene Kleinwohnungen suchen und nur ein Zehntel Mittelwohnungen von 4—5 Zimmern. Würde sich die wirtschaftliche Lage nachhaltig bessern und damit der einzelne höhere Ansprüche an die Wohnung stellen können, so gäbe dies selbstverständlich eine Verschiebung der Nachfrage nach größeren. Es darf aber angenommen werden, daß der Wohnungsmangel zuerst bei den größeren Wohnungen aufhören wird, so sogar, daß letztere vielfach schon leer stehen werden, wenn an Kleinwohnungen noch ein erheblicher Mangel vorhanden ist. Auf diese Entwicklung deutet die schon heute zu machende Wahrnehmung hin, daß die Mietpreise der größeren neuen Wohnungen sinkende Tendenz haben. Allem nach werden Bauherren gut tun, sich mehr als bisher der Produktion von Kleinwohnungen zu widmen. Nebenfalls sollten Mittelwohnungen nur in sehr guter Lage hergestellt werden.

50. Geburtstag

Am heutigen 17. August begeht die in Diez a. d. Lahn gebürtige, zur Zeit in Eigeloch an der Elach in Württemberg lebende Jugendschriftstellerin Maria Bajer, die Schwester des durch seine langjährige Tätigkeit im Mittelbadischen Historischen Verein bekannten Offenburger Professors Ernst Bajer, ihren 50. Geburtstag. Die Jubilarin, die in Baden durch ihre Werke für die Jugend beiderlei Geschlechtes sehr geschätzt und beliebt ist, ist die Verfasserin einer ganzen Reihe von Geschichten, Erzählungen und Märchen, deren Schauplatz zum Teil unsere badische Heimat, besonders das Rheintal und der Schwarzwald ist, und die zum großen Teil im Verlag Lyrolia, Innsbruck, Niffer, Nürnberg und neuerdings bei Herder, Freiburg erschienen sind und erscheinen. Die Werke Maria Bajers sind größtenteils mit reizenden Bildern, Scherenschnitten, Federzeichnungen usw. ausgestattet.

Der Bürgerausschuss Karlsruhe

genehmigte eine Vorlage zum Ausbau des Kabelnetzes für die Stromversorgung der Stadt mit einem Aufwand von 798 000 M. Die noch ausstehenden Arbeiten sind folgende: 1. Bau von Regtransformatorstationen; Neubau von Säulenstationen, Ersatz von Säulenstationen durch Kellertationen, Umbau und Erweiterung von Kellertationen zu Speisepunkten, Erweiterung und Ausbau von Speisepunkten (Gesamtaufwand 475 000 M). 2. Kabelverlegung: a) Vorlagen von 7000 M, Niederspannungsverteilungstabelle (82 000 M); b) Vorlagen von 11 500 M, Hochspannungstabelle (188 000 M). Es ergibt sich also ein Gesamtaufwand für 898 000 M. Außer der Durchführung des ganzen Verbesserungsprogramms sind aber noch zwei weitere Verbesserungen notwendig: 1. die Aufstellung eines Transformators, der als Reserve (infolge der wachsenden Belastung der bisherigen 4 Transformatoren), in der Station West untergebracht werden soll (Aufwand: 58 000 Reichsmark); 2. der Einbau einer selbsttätig wirkenden Telefonanlage (50 000 M), um eingetretene Störungen möglichst rasch beseitigen zu können. Dazu ist im Amte ein Bereitschaftsdienst eingerichtet, der auf die Störungsmeldung hin das erforderliche Personal rasch an die vermutliche Störungsstelle bringt. Die neue Telefonanlage macht die Inanspruchnahme der Vermittlung der Telefonzentrale des Rathauses oder des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes überflüssig, wodurch Zeitverlust verhindert wird.

Weiter fand Annahme eine Vorlage betreffend Änderung der Beförderungsbedingungen der Südbahnen Straßenbahn, die nach der kürzlich vorgenommenen Erhöhung der Fahrpreise eine weitere Erhöhung einzelner Gebühren für die Benutzung der Straßenbahn vorseht. Diese Vorlage gab zu einer lebhaften Auseinandersetzung Anlaß. Die gleichfalls vorgesehene Erhöhung der Fahrpreise für Kinder (auf 10 Pf) wurde abgelehnt. Nach dem Beschluß des Bürgerausschusses wird der Tarif für Gepäckstücke von 5 auf 10 Pf, der Preis für Fahrkarteinhalte bis 5 Teilstrecken (12 Scheine) von 1,80 Reichsmark auf 1,50 M, für 6 Scheine von 65 Pf auf 75 Pf und bei Fahrkarteinhalten für über 5 Teilstrecken (6 Scheine) von 1 M auf 1,20 M erhöht. In der Begründung der städtischen Vorlage hieß es, daß im Straßenbahnbetrieb höhere Einnahmen zu erzielen seien. Diesem Zweck diene die feiner Zeit vom Bürgerausschuss angenommene Vorlage auf erhöhte Vergütung. Dieser Zweck wurde aber nicht erreicht, da die beschlossene erhöhte Vergütung für Fahrkarteinhalte gegenüber den Fahrpreisen eine Verschiebung zugunsten des Fiskus herbeiführt, die für den städtischen Finanzbedarf ungenügende Steigerung der Einnahmen seitdem zu verzeichnen war.

Der Bürgerausschuss Forzheim hat die städtische Vorlage, wonach die von der Stadt gebaute 100 000 Volt-Leitung Scheibenhart-Forzheim zum Preise von 850 000 M an das Badenwerk übergeht, einstimmig angenommen, ebenso das 6,8 Millionen M erfordernde Bauprogramm zur Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Eine Erhöhung der Strompreise ist nicht beabsichtigt.

Im ein Gemeinderatsmandat. Der Gemeinderat von Baden-Dos hatte das Gemeinderatsmitglied Müller wegen seiner Stellungnahme zu der Eingebungsfrage aus dem Gemeinderat ausgesprochen. Der Bezirksrat Rastatt hatte auf erhobene Beschwerde Müller wieder in sein Amt eingesetzt. Dieses Hin und Her wiederholte sich zweimal, weil der Gemeinderat Dos sich nicht an die Entscheidung des Bezirksrates halten wollte und schließlich gegen die Bezirksräte die Entscheidung bei dem Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe Beschwerde erhob. Der Verwaltungsgerichtshof hat nunmehr die bezirksrätliche Entscheidung endgültig bestätigt. Müller bleibt also Gemeinderatsmitglied von Dos.

Fremdenfrequenz in Baden-Baden. Die Besucherzahl hat bereits die städtische Ziffer von 60 000 überschritten. Das ist gegenüber 1926 heute schon ein Mehr von etwa 9000 Personen, das hauptsächlich durch den starken Besuch aus dem Ausland verursacht worden ist.

Aus dem Reichstal. Durch die neue Bahnverbindung von Appenweier bis Bad Peterstal hat sich der Passanten- und Kurgästeverkehr in den Reichstalbädern bedeutend gehoben. Sowohl Oppenau, als auch Freybergbad, Peterstal u. Griesbad weisen gegenüber dem Vorjahre eine größere Fremdenfrequenz auf. Die zwischen 450 und 600 Meter hoch gelegenen Stahl- und Moorbäder unmittelbar am Fuße des Riesbis sind überwiegend wiederum von rheinländischen Erholungs- und Heilungssuchenden aufgesucht worden.

Von der Freiburger Straßenbahn. Nach dem Betriebsbericht 1926/27 der Freiburger Straßenbahn beförderte diese 11 548 700 Personen gegen 11 118 800 im Vorjahre. Die Autolinie hat 280 867 Personen befördert. Die tägliche Durchschnittseinnahme bei der Straßenbahn beträgt 4231 M, die der Autolinie 116 M. Die Gesamteinnahmen bei der Straßenbahn betragen 1 660 857 M und bei der Autolinie 42 271 M. Die Gesamtausgaben betragen bei der Straßenbahn 1 701 520 M und bei der Autolinie 60 771 M. Das Jahr 1926/27 schließt also mit einem Verlust von 69 163 M ab.

Zufahrtsstraße zum Herzogenhorn. Die Gemeinde Mengerschied hat sich mit der Hersteinung einer Zufahrtsstraße zu dem Gebiet Oberer Ruden, Grafenmatte und Kriegelschlag. Mit dem Bau dieser Straße wird gewissermaßen ein Ring um das idyllische gelegene Gebirgshaus Mengerschied gelegt, der seinen Anfang am Neulener Hüchli nimmt und über Janowitz, Hochlopf, Jungsheim, Caritas, Feldberg, Zeiger, Grafenmatte am Herzogenhorngasthaus sein Ende findet. Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, mit dem Auto bis zum Herzogenhorngasthaus zu gelangen. Man rechnet damit, daß die Straße bis zum Herbst fertiggestellt ist.

Nege Bautätigkeit in Rheinfelden. In Rheinfelden ist die Baugesellschaft gegenwärtig mit dem Bau von 80 Wohnungen beschäftigt. Da gleichzeitig auch einige Privatbauten erstellt werden, so ist mit einer wesentlichen Besserung der Wohnungsnot zu rechnen.

Die Gemeinden müssen Träger der Wohnungsfürsorge bleiben. Die Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen hat vor einiger Zeit unter Teilnahme von 800 Vertretern eine Entscheidung angenommen, in der eine Sicherstellung der Finanzierung des Wohnungsbauwesens dringend gefordert wird. In der Entscheidung wird vor allem eine baldige endgültige Regelung der Hauszinssteuer sowie deren Ausbau und Verwendung für die Zwecke der Wohnungsfürsorge als unumgänglich notwendig erklärt. Die Anpassung der Mieten an das allgemeine Preisniveau soll allmählich und vorsichtig erfolgen, und es soll gleichzeitig versucht werden, durch Senkung der Baukosten und Verbilligung des Wohnungsbaukapitals niedrigere Mietniveaus zu erreichen. Die Tagung stellte sich ferner grundsätzlich auf den Standpunkt, daß die Gemeinden auch in Zukunft Träger der Wohnungsfürsorge bleiben, und daß ihnen daher die für die Wohnungsfürsorge bestimmten Hauszinssteuermittel unter möglichst weitgehender Freiheit bezüglich der Verwendung dieser Mittel ausgeführt werden sollen. Schließlich wird in der Entscheidung auch eine Inanspruchnahme des ausländischen Kapitalmarktes für die Zwecke der Wohnungsfürsorge dringend verlangt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Badische Handelshof

Im Herbst 1923 erwarben Lebensmittelgroßhandel und Einzelhandel gemeinsam das Hotel Große am Marktplatz, um darin ihre Büros unterzubringen. Später (1925) gab der Lebensmittelgroßhandel seine Beteiligung auf, und der Badische Einzelhandel wurde alleiniger Eigentümer des gesamten Häuserkomplexes, der im Laufe der Jahre aus vier Einzelhäusern zum Hotel Große vereinigt worden war. Nach Verkauf eines Teils des Anwesens an die Firma Carl Schöpf blieb danach ein Komplex, der am Markt acht Fensterachsen breit ist und sich in der Jähringerstraße bis an die „Schwedische Krone“ erstreckt. In diesem Frühjahr wurden die gesamten Erdgeschosse vermietet: der nördlich vom Haupteingang liegende Teil an das Möbelhaus Carl August Marx, die südlich vom Haupteingang liegenden Räume an die fürstliche Fürstbergische Brauerei A.-G. Donaueschingen, die darin eine Gaststätte einzurichten beabsichtigt. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, bis mit den durch die neue Bestimmung der Erdgeschosse erforderlichen Umbauarbeiten begonnen werden konnte, da diese Veränderungen an dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude nur dann zulässig waren, wenn die Fassaden so umgestaltet würden, daß damit der Aufsatz zur Wiederherstellung der architektonischen Einheit der Marktplatzfronten gemacht würde. Wie bekannt, bilden die Hausfronten am vorderen Teil des Marktplatzes bei der Pyramide ein Stück des Weinbrennerischen Bauplanes zwischen Kaiserstraße und Etlinger-Tor, der im Jahre 1797 vom Kurfürst Karl Friedrich genehmigt wurde. Nur die heutige Spornasse, das zuerst begonnene Haus der beiden Marktplätze (von Hofstatter 1805 erbaut), zeigt die alte Gestalt noch unverändert.

Der vom Stadt. Hochbauamt für den notwendigen Umbau des Handelshofs aufgestellte Entwurf fand bei den beteiligten zunächst wenig Gegenliebe. Es wurden dann von der Stadt die Architekten Prof. Dr. Otto Gruber, Prof. G. von Teuffel und Dr. A. Balbanaire aufgefordert, Vorschläge zur Fassadengestaltung zu machen. Die beiden erstgenannten versuchten dabei eine Lösung zu finden, bei der im Zwischengeschoss zwar auch Schaufenster, aber mit geraden Stürzen angeordnet werden könnten. Die städtischen Kommissionen gaben dem Entwurf des Hochbauamts mit der durchlaufenden Bogenstellung den Vorzug, und nach Zustimmung eines Architekten zum Umbau des Zwischengeschosses durch die Stadt Architekt Franz Wolff und Dr. Hans Detlev Mödiger diese Arbeit nach Einzelzeichnungen des Hochbauamts durch. Gleichzeitig mit dem Umbau des unteren Teils der Marktplatzfronten wurde das Dach des Handelshofs teilweise neu gedeckt, die Dachgauben erneuert und verziert, die ganze Fassade neu verputzt und gestrichen. Der jetzige Anstrich des Handelshofs soll das Muster für die übrigen Häuser abgeben.

Das Restaurant Fürstbergbräu enthält drei hintereinander liegende Räume, die durch breite Öffnungen miteinander in Verbindung stehen. Man betritt das Lokal vom Marktplatz her durch einen Windfang, der den gemeinsamen Zugang zum Handelshof und zum Restaurant bildet. Ein zweiter Eingang führt von der Jähringerstraße in den dritten Raum beim Hüftee. Die drei Räume sind formal und farblich verschieden behandelt. Grundton des vorderen Raumes ist ein helles Gelb. Das mittlere Zimmer ist am reichsten durchgehildet. Der hintere Raum enthält keine Mole durch vier quadratische Pfeiler, die mit grauem Porzellanmarmor umkleidet, die farbige Gestaltung bestimmen. Im Haupteingang zum Handelshof und zum Restaurant sind die Wände mit ganz hellgrauem Jolaxenmarmor bekleidet, der Boden mit geschliffenem Deutschgelmarmor belegt, der poliert, auch als Wandbekleidung im Vorplatz des Handelshofes hinter dem Windfang verwendet ist. Klare Raumgestaltung, welche die drei Räume deutlich voneinander sondert und doch in breiten Durchblicken verbindet, und fröhliche Farben sind die Merkmale des neuen Restaurants, das am Mittelpunkt des städtischen Lebens liegend, gewiß lebhaften Zuspruch findet wird.

Badisches Landestheater. Mit der neuen Spielzeit, die mit 2 Neueinführungen im Schauspiel mit „Florian Geyer“ von Hauptmann am Samstag, den 8. September und in der Oper mit „Don Giovanni“ am Sonntag, den 4. September — eröffnet werden wird, treten die neuen Preisvergünstigungen in Kraft. Beim Einzelbesuch sowohl als auch bei allen Einrichtungen für den Dauerbesuch (Platzmiete, Platzsicherung und Vorkasse) sind die Preise der Plätze im I. Rang und Balkon auf die des Sperrplatzes I. Abt. herabgesetzt worden. Der Preis für die mehr und mehr beliebte Platzsicherung ist allgemein für alle Platzkategorien bedeutend ermäßigt worden. Im übrigen werden die vorigen Jahre für die Platzmiete eingeführten vollständigen Preise, die zu der erfreulichen und anhaltigen Erhaltung der Platzmiete beitragen, beibehalten.

Wiener Operette im Konzerthaus. Willi Wahle tritt heute Abend nach seiner Erkrankung zum erstenmal wieder auf. Er spielt heute und morgen den „Paganini“ in Franz Lehar's gleichnamiger Operette, deren bisherige Wiederholungen den außerordentlichen Erfolgserfolg bestätigten. Für Freitag bereitet Direktor Brantner als Epiloge die Eröffnung der Chorleseroperette „Adieu Mimmi“ mit Claude Rainold als Mimmi vor. Die andern Hauptrollen spielen die Komiker des Ensembles, die Herren Casp, Stadler und Benning. Das Werk ist kostümlich vollkommen neu ausgestattet. — Um zahlreiche Wünsche aus der Umgebung entgegenzunehmen, veranstaltet die Leitung am Sonntag nachmittags 8 Uhr eine Volks- und Fremdenvorstellung des großen Saisonschlagers „Zirkusprinzessin“ auf stark ermäßigten Preisen (M 1.— bis 4.—).

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Infolge Zufuhr kühlerer Luft aus Nordwesten auf der Rückseite der abziehenden Zyklone hatten wir gestern kühles und regnerisches Wetter bei zeitweise böigen Westwinden. Inzwischen ist durch einen neuen von Island in Richtung Island vorgeschobenen Wirbel das bisher fast über das ganze west- und mitteleuropäische Festland ausgebreitete gleichmäßige Westwindstern gestört worden. Gleichzeitig hat der Temperaturrückgang über Westeuropa zu stärkerem Druckanstieg geführt. In dem so entstandenen Zwischenhoch ist teilweise Auflockerung bei allgemein abflauenden Winden eingetreten. Eine durchgreifende Änderung des veränderlichen Wettercharakters steht jedoch noch nicht in Aussicht. Wetterausichten für 18. August: wechselnd wolfig mit zeitweiliger Auflockerung, schwache süd- bis westliche Winde, etwas wärmer, Besserung aber nicht von Bestand.

Die Großbanken bei Dr. Schaaf. Heute, Mittwoch, findet in Berlin eine Direktorialtagung der Reichsbank statt, an der Vertreter der Großbanken teilnehmen werden. Auf der Tagesordnung stehen einzelne Maßnahmen, die auf eine neuerliche Kreditrestriktion oder eine verhängnisvolle Beschränkung der Auslandsanleihe hinaus laufen. Dagegen soll im Rahmen des kürzlich durch die Zinsherhöhung eingeleiteten Programms zur Stärkung des Reichsanleihekurzes eine Erleichterung in den Bedingungen der neuen Reichsanleihe diskutiert werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Freiburg, 17. August. Durch die Hitze der letzten Woche, die öfters durch gewitterartige Regengüsse unterbrochen wurde, geht die Himbeer- und Heidelbeerernte im hohen Schwarzwald ihrem Höhepunkt entgegen. Die mit riesigen Heidelbeerstauden bestandenen Matten und Hänge am Feldberg, Herzogenhorn, Spießhorn, bei der Halde am Schainsland, am Welschen und im Gebiete der Hornisgrinde bilden bereits Sammelpunkt vieler Hunderte von heidelbeerjuchenden Männern und Frauen aus den Talgebieten; Hunderte von Zentnern werden wohl in den nächsten Wochen hier geerntet werden. Auch die Himbeerernte ist vielversprechend. Besonders ergiebig fällt sie wieder in den südlich des Feldbergs gelegenen Bereichen aus, wo namentlich in den Waldgebieten von St. Blasien, Mengerschwand, Todtmoos, Bernau eine Vollernte zu erwarten steht. Für die vielen Kurzgäste dieser Schwarzwaldgebirge bildet das Pflücken dieser reifen, frischen, und süßen Früchte eine willkommene Abwechslung.

Mühlheim, 16. August. Die Vorarbeiten zum Bau des Kemmer Kraftwerkes und des großen Kanals sind bereits im Gange. In der Rosenauer Gegend sind Baracken zur Unterbringung der Büros, der Arbeiter und der Materialien errichtet worden. Auch eine Transformatorstation zur Beleuchtung und für den elektrischen Betrieb ist aufgestellt worden. Mit dem Bau des Bahngeländes zur Verbindung der Kaufstelle mit dem Sünninger Kanal soll alsbald begonnen werden.

Waldbühne, 16. Aug. Die Karlsruher Polizeikapelle, welche am 15. Juli d. J. erstmals mit bestem Erfolg hier spielte, hatte auch gestern ein vollbesetztes Haus. Sowohl die Marschmusik wie die Konzertstücke waren Glanzleistungen. Das Konzert fand bei den zahlreich erschienenen Zuhörern, die teilweise sich eingefunden hatten — Vertreter der Kapellen Dettighofen, Weilheim, Langstetten u. a. waren anwesend — recht viel Anklang und dankbarste Aufnahme. Der Dirigent, Obermusikmeister Heißig und seine tüchtige Kapelle wurden denn auch durch förmlichen Beifall ausgezeichnet. — Am Nachmittag konzertierte die Polizeimusik vor dem Rathaus. Den verdienten Dank brachte dabei Bürgermeisterstellvertreter, Professor Wäsmar in einer Ansprache zum Ausdruck.

Ludwigsb. a. Rh., 12. Aug. Eine Ausstellung für Hotel und Gastwirtschaft, Kochkunst usw., wird in Ludwigsb. a. Rh. vom 29. Oktober bis 7. November 1927 veranstaltet. Die Ausstellung wird in der großen Ausstellungshalle im Ebertpark stattfinden. Sie umfaßt ca. 7000 Quadratmeter, ist mit allen neuzeitlichen Einrichtungen versehen, für die Ausstellungszwecke steht auch noch ein Gelände von ca. 10 000 Quadratmeter zur Verfügung. Es sind 18 Gruppen vorgesehen. In das Ehrenkomitee sind die maßgebendsten Herren aus der Stadtverwaltung von Ludwigsb. a. Rh. und Mannheim, der Landesverwaltung, die Vertreter der Handels- und Gewerbetreibenden und der Volkswirtschaft berufen worden. Die Vorarbeiten haben bereits begonnen und das Büro befindet sich in Ludwigsb. a. Rh., Siegfriedstr. 10.

Speyer, 16. August. Vor dem hiesigen Jugendgericht wurde der 16jährige Formerlehrer Philipp Herbel, der aus Eifer sucht den 15jährigen Fortbildungsschüler Julius Freitische erschossen hatte, wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis und ein mit angelegter Wehrgelahr wegen Beihilfe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. August		16. August	
	Geb.	Wert	Geb.	Wert
Amsterdam 100 G.	168.34	168.68	168.33	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	112.55	112.77	112.58	112.80
Italien . . . 100 L.	22.895	22.935	22.59	22.93
London . . . 1 Pf.	20.422	20.462	20.425	20.465
Newyork . . . 1 D.	4.200	4.208	4.201	4.209
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.005	81.165	81.005	81.125
Wien 100 Schilling	59.16	59.28	59.18	59.30
Prag . . . 100 Kr.	12.445	12.467	12.452	12.472

Verschiedenes

Zunächst keine Wiederholung des Ozeanfluges. Die Besprechungen, die am Dienstag in Dessau bei Prof. Junkers mit den leitenden Herren der Junkerswerke und den Piloten der „Bremen“ und der „Europa“ stattfanden, dauerten bis in die späten Nachmittagsstunden. Sie beschäftigten sich vor allem mit der Sichtung und Erörterung der Erfahrungen des ersten Versuches und führten zunächst zu dem Ergebnis, daß fürs erste eine Wiederholung des Fluges nicht in Frage kommt. Auch wenn günstige Wetterkonstellationen eintreten, würde in den nächsten Tagen ein neuer Start also nicht erfolgen. Ob er darüber hinaus noch vor dem Eintritt der Herbstwetterperiode stattfinden wird, hängt von dem weiteren Verlauf der Besprechungen ab. Jedenfalls ist die Leitung der Junkerswerke der Auffassung, daß die „Bremen“ die Probe bestanden und ihre Eignung für das Projekt des Ozeanfluges bewiesen hat. Um so mehr will man eine Überstürzung der Wiederholung vermeiden und sich auch durch andere Ozeanflüge nicht beeinflussen lassen. In diesem Zusammenhang wird von den Junkerswerken aus betont, daß sie den Amerikaflug nicht in erster Linie von der sportlichen Seite her ansehen, sondern unter dem Gesichtspunkt der technischen, der wissenschaftlichen und der praktischen Entwicklung des Flugwesens. Sollte plötzlich eine günstige Wetterlage eintreten und tatsächlich ein zweiter Flug in Frage kommen, dann würde voraussichtlich nur mehr eine Maschine starten, da sich bei dem ersten Fluge herausgestellt hat, daß zwei Flugzeuge sehr bald die Verbindung miteinander verlieren.

Wie das Wolffbüro von einer Junkers naheliegenden Seite erzählt, trifft die Auffassung nicht zu, daß überhaupt auf den Ozeanflug verzichtet werde. Das Projekt wird von den Junkerswerken auch weiterhin betrieben, allerdings nicht mit irgendwelcher Notordüberstürzung. In diesem Zusammenhang wird übrigens auch die Darstellung als falsch bezeichnet, wonach der Start am Sonntag überreilt und nur aus Prestige-gründen erfolgt sei, obgleich die Wettermeldungen ausdrücklich abgeraten hätten. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die Hamburger Seemarle, ebenso wie die anderen beratenden Meteorologen, die Wetterlage am Sonntag als besonders günstig dargestellt hatten. Entscheidend war dabei, daß man den Flugzeugen, wenn sie die verabredete Nordroute über die Orkney-Inseln wählten, auf den größten Teil des Weges nach Amerika günstiges Wetter und sogar Rückenwind voraus sagte. Auf der Nordsee fanden die Maschinen dann aber so außerordentlich schlechtes Wetter, daß es ihnen unmöglich war, überhaupt bis zur Nordroute durchzubringen. Diese Tatsache bestimmte das Schicksal der „Bremen“.

Verschiebentlich wird ernste Kritik an der Vorbereitung des Fluges geübt, auch daran, daß ein Teil der deutschen Presse in nachgerade peinlich wirkender Weise und sicherlich nicht im Sinne der kühnen Flieger selbst mit Vorschulvorbeeren um sich geworfen hat. Die „Köln. Z.“ wirft die Frage auf, ob nicht der begreifliche Wunsch deutscher Technik und deutschen Wagemuts den Vorsprung zu sichern, dazu verführt hat, die fast unermesslichen Schwierigkeiten des Fluges bei nicht ganz sicherm Wetter zu unterschätzen. Das Blatt bezeichnet es weiter als bedauerlich, daß heute ein Unternehmen, wie der jetzt abgebrochene Ozeanflug, nicht so im Stillen in Angriff genommen werden kann, daß die Vorarbeiten und Vorbereitungen nicht von der Spannung der Öffentlichkeit der ganzen Welt vorwärts gepreßt werden und in den Beteiligten den Wunsch rege werden lassen, unter allen Umständen und ohne Verzögerung den auf sie gesetzten Hoffnungen gerecht zu werden. Die „D. N. Z.“ spricht von einer Phantasie, von der man in Dessau offenbar befallen war. Sie bezweifelt, daß der Entschluß zum Abflug mit kühlem Blut gefaßt worden ist. Richtiger ist zunächst einmal die Erreichung des amerikanischen Festlandes ins Auge zu fassen, das rund 1000 Kilometer nördlich liegt als Newyork. Je solider die technische Basis ist, auf der der erste deutsche Ozeanflug gelingt, um so größer wird der Nutzen für das Ziel sein, dem allein wir zustreben: ein wirtschaftlich brauchbares Schnellverkehrsmittel für die Ozeanüberquerung zu schaffen. Von diesem Ziele sind wir, wie sich nun wohl mit schmerzlicher Deutlichkeit erweist, ja noch weit entfernt. Aber die Kosten des Unternehmens wird mitgeteilt, daß die direkten Kosten des Fluges für jede Maschine ungefähr 220 000 M betragen, die zur Hälfte auf Junkers, zur anderen Hälfte auf die übrigen Vertragspartner entfallen. Die indirekten Kosten sind natürlich weit höher, da die Anlegung der Startbahn allein weit über 100 000 M beanspruchte. Vom Reich ist eine finanzielle Unterstützung nicht gewährt worden.

Die Vorbereitungen Rönnecks
Die Vorbereitungen des Fliegers Rönneck werden — wie aus Köln gemeldet wird — noch die ganze Woche andauern, so daß erst anfangs nächster Woche mit seinem Start über den Ozean zu rechnen ist.

Italienische Priester verurteilt
Fünf Priester von Abino, deren Verhaftung zu einem Prozeß des vatikanischen „Osservatore Romano“ Veranlassung gab, wurden zu 1—5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Urteilsgründe sind nicht genau bekannt. Aber man nimmt an, daß sich die Priester in Gegensatz zum neuen Gesetz über die Verteidigung des Staats befunden haben. Der „Levere“ polemisiert gegen den „Osservatore Romano“, der sich auf das kanonische Recht berufen hätte.

Das Erdbeben in Turestan
In Kamagan (Turestan) dauern Erdstöße, deren schon über 130 verzeichnet sind, ununterbrochen fort. Etwa 1500 Häuser wurden zerstört, über 2500 beschädigt. Nach vorläufigen Angaben übersteigt der Schaden 1 Million Rubel.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die abgeforderte Gemartung Gottswald.

Die zwischen den Gemeinden Bühl, Griesheim, Waltersweier und Weier abgeschlossene Vereinbarung über die gemartungswise Aufteilung der im genossenschaftlichen Eigentum der genannten Gemeinden stehenden abgeforderten Gemartung Gottswald mit Wirkung vom 1. April 1927 wurde genehmigt.

Karlsruhe, den 18. August 1927.

Der Minister des Innern
J. B. Höhnlebach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Berlegt:
Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Sturm in Donaueschingen nach Konstanz, Staatsanwalt Dr. Wolfgang Dreher in Pforzheim nach Karlsruhe, die Kanzleisekretäre Leopold Bifel beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst und August Heinrich beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst.

Abtritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Auf 1. September d. J. Oberlandesgerichtsrat Karl Streit in Karlsruhe, auf 1. Oktober d. J. Landgerichtspräsident Dr. Alfred Groß in Freiburg.

Zurückgesetzt:
Gaußmeister Rupert Leibold beim Landgericht Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Den planmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Ernst Hoffmann an der Universität Heidelberg zum ordentlichen Professor für Philosophie und Pädagogik, Oberbaurat Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Roman Weillgenhal in Berlin zum ordentlichen Professor für Städtebau und städtischen Tiefbau in der Abteilung für Bauingenieurwesen der Technischen Hochschule Karlsruhe, Privatdozent Dr. Walter Hübel an der Universität Göttingen zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Chemie an der Universität Freiburg, Religionslehrer Gustav Kempf am Realgymnasium in Ettlingen zum Professor an der Aufbauschule (Aufbaucollegium) in Ettlingen.

Entlassen auf Ansuchen:

Der planmäßige außerordentliche Professor für innere Medizin Dr. Siegfried Thannhauser an der Universität Heidelberg.

Operette im Konzerthaus

Morgen Donnerstag, den 18. August 1927, abends 7^{1/2} Uhr
die große Operettenneuheit

Paganini

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Worderstr., Brunner, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. 17260 zu M. 1.50—5.50. Freitag: Adieu Mimì.

Amerika als Vorbild

Walther, Prof. Andreas

Soziologie und Sozialwissenschaften
in Amerika und ihre Bedeutung für
die Pädagogik

IV, 143 Seiten

Preis brosch. M. 5.—, Leinen M. 6.—

Ansichtsvorlage durch jede gute Buchhandlung oder vom

Verlag G. Braun in Karlsruhe (Baden)

Flügel
Pianos 759
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Leser Bücher
Wissen ist Macht!

Restaurant zum Fürstenberg-Bräu
im Badischen Handelshof am Marktplatz Karlsruhe
Spezial-Ausschank der Fürstl. Fürstenbergischen Brauerei A.G. Donaueschingen

ERÖFFNUNG

der neuzeitlich ausgestatteten Räumlichkeiten: Mittwoch, den 17. August, nachmittags 6 Uhr
Sorgfältig geführte Küche — Weine renommierter Firmen
Zu geneigtem Besuch laden recht herzlich ein
Carl Hauer und Frau

Zum Wirken durch Wissen führt

WISSEN UND WIRKEN

Die neuen Bände der Sammlung:

Dr. G. Lehmann in Berlin. „Das religiöse Erkennen.“ (1.80)	Hauptlehrer Philipp Hördt in Heidelberg. „Muttersprache und Volkserziehung.“ (Päd. S.-R. 3.) (3.—)
Dr. C. Haeblerlin in Bad Nauheim. „Die Gefüge des Lebendigen.“ (1.20)	Studiendirektor Dr. Max Müller in Lage (Lippe). „Die französische Philosophie der Gegenwart.“ (1.20)
Dr. R. Carnap in Buchenbach. „Physikalische Begriffsbildung.“ (1.20)	Prof. Dr. Arthur Drews in Karlsruhe. „Die Leugnung der Geschichtlichkeit Jesu in Vergangenheit und Gegenwart.“ (4.80)
Prof. Dr. C. A. Emge in Jena. „Hegels Logik und die Gegenwart.“ (1.20)	Prof. Dr. E. Stern in Gießen. „Zufall und Schicksal.“ (1.20)
Dr. A. Wenzl in München. „Das unbewußte Denken.“ (1.20)	Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in Mathematik und exakten Naturwissenschaften. I. Mathematik.“ (Päd. S.-R. 4.) (1.80)
Prof. Dr. E. Probst in Karlsruhe. „Aufgaben und Ziele der Technischen Hochschulen.“ (Päd. S.-R. 7.) (1.20)	Prof. Fr. Breusch in Freiburg i. Br. „Ziele und Wege des Unterrichts in den exakten Wissenschaften. II. Chemie.“ (Päd. S.-R. 5.) (1.80)
Dr. A. Möller in Graz. „Der Schauspieler.“ (1.80)	
Prof. Dr. Engelbert Krebs in Freiburg i. Br. „Wesen und Werden des Glaubens nach katholischem Verständnis.“ (1.20)	
Dr. Gerhard Storz. Das Theater in der Gegenwart. Eine zeitkritische Untersuchung. (3.—)	

Die Umschau schreibt: „Es sind Werkchen, welche eine ernstere Vertiefung in die Materie beanspruchen, die vielen willkommen sein wird.“

Verlangen Sie ausführliche Verzeichnisse vom
VERLAG G. BRAUN, KARLSRUHE